Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
B. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlenerstraße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzerstraße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 8390.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 245. **Freitag** den 16. Mai 1902. **96. Jahrgang.**

Katholizismus und Polenthum.

Die Rede des Abgeordneten Graf Hoensbroech im preußischen Herrenhause hat in der polnischen Presse und bei den polnischen Politikern wie eine Bombe eingeschlagen. Das Blatt, dem man die intimsten Beziehungen zu der Posener Dominsel zuschreibt, der „Kuryer Poznanski", schreibt unter Anderem: „Worte des Widerwillens und der Entrüstung drängten sich in die Feder, um die abermaligen Angriffe des katholischen Grafen Hoensbroech gegen die polnische Geistlichkeit zu charakterisiren. Die treffliche Antwort des Fürsten Radziwill wird im Herzen eines jeden wahren Katholiken und Polen mit tausendfachem Echo widerhallen." Weiter wird gemeldet, daß der Nestor der polnischen Bürgerschaft, der 80jährige v. Morawski-Kotowiecki, früher persönlicher Freund der Begründer des Centrums, insbesondere Malinckrodt's, an die deutschen katholischen Blätter einen Protest gegen die Ausführungen des Grafen Hoensbroech gerichtet habe.

Diese Entrüstung der polnischen Kreise ist sehr erklärlich. Eben noch haben Führer des Centrums und der polnischen Partei den früheren Bund bei öffentlicher Gelegenheit besiegelt und es hat sich dabei wiederum die Natur des deutschen Michels gezeigt, der federzeit bereit ist, fremden Völkern die Kastanien aus dem Feuer zu holen und seine eigenen Interessen völlig außer Acht zu lassen. Demgegenüber aber hat Graf Hoensbroech seinen Zuhörern eine Blüthenlese von Aeußerungen hervorragender polnischer Blätter mitgetheilt, die alle darauf hinausgehen, daß das Polenthum die katholische Religion durchweg großpolnischen Interessen dienstbar macht. Jeder Kenner der Verhältnisse im Osten weiß, daß insbesondere der polnische Priester in erster Linie politische Interessen verfolgt und die Kirche lediglich als Mittel für diesen Zweck benutzt. Sieht er sich in dieser Berechnung getäuscht, so ist er sofort bereit, der eigenen Kirche den Krieg zu erklären. Es ist keine Uebertreibung, wenn man sagt, daß in dem Moment, wo der Papst seine Abneigung gegenüber diesen großpolnischen Bestrebungen kundgeben würde, er sofort für das Polenthum als solcher nicht mehr existiren würde. Man hat bei verschiedenen Vorgängen im Osten beobachten können, wie der untergeordnete Klerus dem Erzbischof von Stablewski, so sehr er doch Nationalpole ist, einfach den Gehorsam kündigte, wenn er irgendwie deutschen Forderungen sich nachgiebig zu erweisen schien. Der Cultus der Mutter Gottes wird von den Polen in ganz nationalem Sinne betrieben. Sie ist die Königin Polens und nur dieser Charakter verleiht dem berühmten Heiligthum von Czenstochau seinen äußeren Glanz. Als solche ist sie selbstverständlich eine bittere Feindin der Deutschen und man muß in den nicht polnischen Gebieten zwischen einer polnischen und einer deutschen Mutter Gottes unterscheiden. Graf Hoensbroech hätte noch ganz andere Stellen aus der polnischen Presse erwähnen können. Er hätte erzählen können von der „preußischen Pest", mit der das Polenthum Alles, was von Deutschland herüber kommt, bezeichnet. Er hätte insbesondere die Stellung der deutschen zu den polnischen Katholiken schildern und erzählen können, wie vor Kurzem durch die polnische Presse das Wort ging, man müsse den deutschen Katholiken, diesen Hunden, den Bauch aufschlitzen. Mit fanatischem Eifer wird die Ehe zwischen deutschen und polnischen Katholiken angegriffen und als eine Art Mischehe hingestellt, die dem heiligen polnischen Glauben zuwider sei.

Das sind nicht vereinzelte Aeußerungen, die man bei mühsamem Suchen herausfindet; jede Woche und fast jeder Tag giebt neue Beläge. Graf Hoensbroech hat sich ein wahres Verdienst erworben, daß er, der treue Sohn der katholischen Kirche, von öffentlicher Stelle aus seine Glaubensgenossen auf diese Verhältnisse aufmerksam machte. Freilich, die Blätter vom Schlage der „Kölnischen Volkszeitung" in Deutschland sind darüber entsetzt. Sie predigen beständig den Zusammenschluß der deutschen und der polnischen Elemente, von dem man im Polenthum doch nichts wissen will. Es ist wesentlich das Verhalten der „Kölnischen Volkszeitung", welches in gewissen katholischen Kreisen die Frage hat entstehen lassen, ob das Verhältniß zur katholischen Kirche nicht einer Revision zu unterziehen sei. Darum hat Graf Hoensbroech unseres Erachtens gerade seiner Confession einen Dienst erwiesen, weil er durch seine Ausführungen den Gedanken zurückweist, der in den Ausführungen der „Kölnischen Volkszeitung" und der „Germania" gleichsam den Leitsatz bildet, daß nämlich, wer ein guter Katholik sei, das Vaterland als Nebensache betrachten müsse. Es wird sich nur fragen, ob das Bekenntniß eines einzelnen Mannes, der sein Vaterland liebt, bei den Glaubensgenossen seine werbende Kraft ausüben wird.

Folgen des Mandschurei-Abkommens.

Aus Tokio, 6. April, schreibt man uns:

Das neue Abkommen, das Rußland und China über die Mandschurei getroffen haben, befriedigt wegen der darin enthaltenen Berücksichtigung aller Wünsche, die Japan, England und Amerika in Petersburg und Peking ausgesprochen haben, die öffentliche Meinung in Japan vollkommen. Gern möchte man darin das Eingeständniß erblicken, daß die verbündeten Franzosen und Russen die große Ueberlegenheit der japanischen und englischen Streitkräfte widerstrebend anerkennen. Aber man fühlt doch instinctiv, daß der scheinbare diplomatische Erfolg Japans kein destruktiver ist. Durch das neue Abkommen und durch die gemeinschaftliche Note Frankreichs und Rußlands ist die Situation so umgestaltet worden, daß einstweilen die Zukunft der Mandschurei bei Seite geschoben ist, damit desto ungestörter in anderen Theilen der Welt der Werth der russisch-französischen Verbrüderung praktisch zur Geltung gebracht werden kann. Wie weit bei einer ernsten Verwickelung im Mittelländischen Meere, im Persischen Golfe und in Afghanistan auf die freiwillige Mitwirkung Japans zu rechnen ist, und ob in China und Korea der englisch-japanische Einfluß seine jetzige Stärke behalten wird, ist der zweifelhafte Posten in der soeben in London gezogenen Bilanz der Weltpolitik.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist die Ermuthigung, die durch die neuesten diplomatischen Schachzüge der Reformthätigkeit der augenblicklich in China vorwaltenden Politiker gegeben wird. Niemand wird Yuanschikai stören, wenn er trotz des Verbotes der Waffeneinfuhr in dem Abkommen mit den Mächten eine gleichförmig nach modernem Vorbild in den verschiedenen Provinzen herangebildete Landarmee schaffen will. Gelingt ihm das, so kann China in fünf Jahren auch ein Wort in der Politik mitsprechen, da es bei guter Gelegenheit Rußland an einer schwer zu vertheidigenden Grenze unbequem werden und die Mandschurei zurückerobern kann. Eine Seemacht wird es in absehbarer Zeit doch nicht werden. England und Japan haben daher von seiner Erstarkung nichts zu fürchten. Ihnen kann es gleichgiltig sein, ob China die versprochene Regulirung des Flusses Petho, durch die Tientsin von der See her bequemer zugänglich werden soll, ausführt oder nicht. Für Rußland und Frankreich wird die Möglichkeit, Tientsin bequemer zu erreichen, durch die ebenso große Wahrscheinlichkeit der Gegenwirkung der überlegenen japanisch-englischen Flotte ein zweifelhaftes Moment. Es blieb also Deutschland allein überlassen, auf Erfüllung dieses Vertragsartikels zu dringen.

Gegen die sehr verständige Politik des neu organisirten chinesischen Auswärtigen Amtes, in Japan möglichst viele junge Chinesen ausbilden zu lassen, macht sich in den literarisch gebildeten Kreisen der Reformer bereits eine Gegenströmung bemerkbar. In einer Zeitung in Tientsin tauchte ein auf genauester Sachkunde beruhender Bericht über die schlechten Einflüsse auf, denen chinesische Studenten in Japan ausgesetzt sind. Die sehr laxen Anschauungen über Ehr- und Pflichtgefühl in der japanischen Beamtenwelt, die Corruption in politischen und municipalen Corporationen, der Mangel an Disciplin in vielen Schulen, die gedankenlose Leichtsinnigkeit der gebildeten Japaner wurde in grellen Farben ausgemalt, nur daran Zweifel zu knüpfen, ob das Studium der japanischen Civilisation den unbeaufsichtigten chinesischen Sendlingen wirklich gerade die Vortheile bringt, die sie hier suchen sollen: Einblick in den inneren Zusammenhang der öffentlichen Ordnung, gründlichen Eifer für ihr Fach und gesunde Anschauungen über modernes Leben. Das Gutachten verrieth Geist und hohe Bildung; es warnte vor den verworrenen, pietätlosen, radicalen Ideen, die in Japan vielfach in den Kreisen gelten, an die sich die meisten Studenten gern anschließen. In der That hatte es den Erfolg, daß einen Augenblick die Sendung neuer Lehrlinge unterbrochen wurde. Die Meinung brach sich durch, daß der hiesige chinesische Gesandte, Herr Thai, der Verfasser dieser Warnung sei. Dieser erklärt diese Behauptung aber auf's Energischste für eine plumpe Erfindung. In Peking hat das Waiwupu (d. h. das völlig selbstständige Auswärtige Amt) die Absendungen nach Japan wieder aufgenommen.

Der Krieg in Südafrika.

* Der Correspondent des „Reuter'schen Bureaus" in Pretoria telegraphirt unter Hinweis auf das heutige

Meeting in Vereeniging,

daß, soviel sich aus den bisherigen Verhandlungen zwischen den Boerenführern und den Burghers im Felde ermitteln lasse, nichts stattgefunden habe, was auf eine baldige Einstellung der Feindseligkeiten hindeute. Die beste Friedensgarantie liege noch immer in einer energischen Fortsetzung des Krieges. Das britische Publicum solle sich nicht zu sehr darauf verlassen, daß die gegenwärtigen Berathungen auf einen baldigen Frieden deuten.

Aus Johannesburg.

Einem Briefe aus Johannesburg, vom 12. April, entnehmen wir folgende interessante Stellen:

„Wir sind Alle voll von der Zusammenkunft der Boeren-Regierungen und Boeren-Generale in Klerksdorp. Die wildesten Gerüchte sind im Umlauf. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß auf beiden Seiten das ernsteste Streben herrscht, zu einem Ziele zu kommen; aber wie soll man zu einer Uebereinstimmung gelangen? England will von einer Unabhängigkeit nichts wissen. . . . . Die Boeren aber wollen nichts als die Unabhängigkeit und die Amnestie der Aufständischen haben. Das sind zwei Puncte, die man nicht ändern kann. Ich erwarte daher die Fortsetzung des Krieges". . . . . .

„Mit Interesse oder besser mit Entrüstung lasen wir von der Erklärung Brodrick's im Parlament, daß die Kaffern keinen irgendwie bedeutsamen Theil des britischen Heeres ausmachen. Das ist eine fürchterliche Unwahrheit. Ein Jeder, der vom Cap kommt, sieht, daß zwischen Beaufort West und Springfontein sämmtliche Blockhäuser mit Kaffern und nur mit Kaffern besetzt sind, die dem Zuge Salut geben, darunter Kaffern, ganz wilde, die nichts anhaben als ihren „Stuartriem", alle aber Patronengürtel und Gewehr tragen. Die Leute, die mit nach Pietersburg gegangen sind, können bezeugen, daß sich überall ganze Haufen bewaffneter Kaffern befanden, nicht vereinzelt, sondern zu Hunderten. In der Conferenz zwischen Louis Botha und Lord Kitchener zu Middelburg hat Kitchener die Verwendung der Kaffern auch zugegeben, doch hat man auf englischer Seite ängstlich darauf geachtet, daß dieses Eingeständniß nicht öffentlich bekannt wird. Es ist ja noch viel mehr als dies verschwiegen worden. Daß General Maxwell (bekanntlich früher Gouverneur von Pretoria, dann der Nachfolger Lord Methuen's vor Jan Hamilton; Maxwell ist an der Spitze eines Kaffernheeres von Delarey bis zur Vernichtung geschlagen und tödtlich verwundet worden) in Klerksdorp im Spitale liegt mit einer Kugel im Bein, mußten wir auch erst hintenherum herauskriegen; gemeldet worden ist davon nie etwas. Von der großen Expedition gegen Delarey nach der Niederlage Methuen's hören wir auch nur, daß 100 Boeren gefangen genommen worden sind. Was bedeutet das aber gegenüber der Thatsache, daß 40000 Mann ausgesandt worden sind, um Delarey's Gebiet reinzufegen!" . . . .

Deutsches Reich.

⁂ Leipzig, 15. Mai. Ein neues Buch vom Grafen Hoensbroech ist soeben im Verlage von Breitkopf & Härtel in Leipzig erschienen. Es trägt den Titel „Die ultramontane Moral" und bildet den zweiten Band des Werkes „Das Papstthum in seiner socialen u. culturellen Wirksamkeit". Von dem ersten Bande, der 1900 erschien und „Inquisition, Aberglaube, Teufelsspuk und Hexenwahn" behandelt, wird jetzt die 4. Auflage vorbereitet. Das ist die beste Antwort auf die ungezählte Male wiederholte Behauptung des Ultramontanismus, das Werk sei schon bei seinem Entstehen veraltet und gänzlich werthlos. Dieselbe Art wird man auch bei dieser Fortsetzung versuchen, ohne allen Zweifel mit demselben Erfolg. Den Hauptwerth des ganzen Werkes fanden wir schon bei seinem ersten Erscheinen in dem ungemein reichen Quellenmaterial, das hier geboten ist. Die Studienzeit des einstigen Jesuiten ist nicht vergeblich gewesen. Nur, daß er damals keine Ahnung davon hatte, wozu ihm selbst diese Art von Wissenschaftstrieb dienen werde. Jetzt ist ihm und durch seinen Bienenfleiß Anderen eine Rüstkammer entstanden, daraus ehrliche Waffen in dem Geisteskampf gegen den Ultramontanismus und das dem Einflusse der Jesuiten ausgelieferte Papstthum geholt werden können. Denn „ehrliche" Waffen sind die, die aus dem Zeughaus der Geschichte genommen und mit aufrichtigem Sinn für die Wahrheit, selbst wenn diese dem eigenen Ich wehe thun sollte, geführt werden. Es sind nicht weniger als 201 „benützte Bücher und Schriften" und 114 Theologen aufgezählt, aus deren Werken Stellen wörtlich angeführt sind. Das macht freilich das Werk etwas schwerfällig, so daß man es nicht so leichthin lesen kann; aber wer alle hier in Frage kommenden Gegenstände gründlich studiren und wer für öffentliche Rede und Verhandlung urkundlichen Stoff holen will, der wird dem Verfasser sehr dankbar sein, daß er Quellen aufgeschlossen hat, die vielfach in den Bibliotheken eingeschlossen, ja zugeschüttet waren. Noch schwereren Vorwurf, als der aus dem Stil des Buches geschöpfte ist, sieht der Verfasser mit gutem Grund aus dem Inhalt erstehen; man wird ihn von gegnerischer Seite kurz damit abzuthun versuchen, daß man mit einem gewissen Hohne sagt: Siehe da, seine Freude am Schmutz! Schade nur, daß dieser Stoff aus den approbirten Schriften der Gegner entnommen ist. Man könnte ja wohl einwenden, daß heutzutage kein römischer Theologe oder Moralist mehr so schreibe, wie damals, aber nicht nur werden jene alten Lehrbücher immer wieder gerade für den Unterricht des zur Erziehung des Volkes berufenen Klerus verwendet, sondern es müßte dann endlich der unfehlbare Lehrer der römischen Kirche jene alte Schandliteratur für völlig veraltet erklären und geradezu verwerfen. Solange aber das Gegentheil geschieht und man fest darauf besteht, daß die Kirche in ihren approbirten Lehren nie geirrt habe, so lange ist es nicht nur erlaubt, sondern durch „die Rücksicht auf die Gerechtigkeit gegen den Gegner und auf wissenschaftliche Vollständigkeit" geboten, das Gegebene und Vorliegende unverkürzt wiederzugeben. Ob dabei Freude an dem Unsauberen und Widerlichen oder ein heiliger Zorn über diese moralische Brunnenvergiftung die Feder geführt hat, darf der Verfasser getrost dem sittlichen Empfinden der Leser überlassen. Unter diesen wünscht er sich mit Fug und Recht besonders auch Katholiken, und unter den Protestanten solche, die in allen kirchlichen Streitfragen nur „Pfaffengezänk" sehen. „Den Ultramontanismus kennen und ihn verurtheilen ist ein und dasselbe; und nur darum zählt er so viele Anhänger unter den Katholiken und nur darum stehen ihm unter den Nichtkatholiken so Viele gleichgiltig gegenüber, weil sie — die Einen wie die Anderu — ihn nicht kennen." Zwar es tagt nach und nach auch in solchen politischen Kreisen, in denen man lange mit den Ultramontanen Hand in Hand ging, seit diese mehr und mehr ihre eigentliche Natur herauskehren; aber gerade hier ist es hochnöthig, daß man sich des grundsätzlichen Gegensatzes, wie er in der Moral vorhanden ist, nicht blos einer augenblicklichen, vorübergehenden Gegnerschaft bewußt wird. Und nicht minder möchte man den maßgebenden regierenden Kreisen gründlichere Kenntniß wünschen, damit der Staat nicht sein Erstgeburtsrecht um das Linsengericht irgend einer Bewilligung im Etat erkaufe. Einzelnes aus dem reichhaltigen Werke herauszugreifen, ist weder im Sinn des Verfassers, noch ein Vortheil des Lesers. Uebersieht man das Sachverzeichniß, so findet man alsbald, daß kein Gegenstand der Moral unbesprochen bleibt. Wenn dennoch trotz dieser oft geradezu entsetzlichen Art des Ultramontanismus, die Gegenstände der Moral zu behandeln, wirkliche Sittlichkeit auch im katholischen Volke steckt, so wird man wohl sagen dürfen, das stamme ebenso aus der unverwüstlichen Kraft des Volkes, wie aus dem reichen Gehalte des Christenthums, das selbst über solche Mißbildungen den Sieg behält.

p. Leipzig, 15. Mai. Wie die Central-Militärcommission des Deutschen Lehrervereins jetzt bekannt giebt, haben von den im Jahre 1901 (beide Eintrittstermine gerechnet) eingezogenen Lehrern als Einjährig-Freiwillige gedient im Königreich Sachsen: 43 unter 167 — 25,74 Proc., im Königreich Bayern: 137 unter 165 — 83 Proc. der Gesammtsumme, in Hannover (Provinz und Stadt): 63 unter 143 — 44,06 Proc., in Schlesien: 55 unter 183 — 30,05 Proc., in der Rheinprovinz (ohne Cleve und Trier): 41 unter 205 — 20 Proc., in Braunschweig: 25 unter 44 — 56,82 Proc., in Westfalen: 17 unter 70 — 24,28 Proc., in der Provinz Brandenburg: 16 unter 109 — 14,69 Proc., im Regierungsbezirk Wiesbaden: 12 unter 27 — 44,44 Proc., in Frankfurt a. M.: 7 unter 23 — 30,43 Proc., in Anhalt: 5 unter 19 — 26,31 Proc., in Lübeck: 5 unter 12 — 41,66 Proc., in der Provinz Posen: 4 unter 71 — 5,33 Proc., in Bremen: 4 unter 35 — 11,43 Proc., in Sachsen-Altenburg: 1 unter 11 — 9,09 Proc., in Reuß j. L. (Gera): 0 unter 4 — 0 Proc. Von den übrigen Verbänden fehlen die Statistiken.

⁂ Berlin, 15. Mai. (Eine Culturkampferinnerung.) Der Geheimsekretär des verstorbenen Bischofs Dr. Martin von Paderborn, Domcapitular Dr. Stamm, hat soeben unter dem Titel „Aus der Briefmappe des hochseligen Bischofs Dr. Konrad Martin von Paderborn" ein Werk erscheinen lassen, das naturgemäß für die Zeit des Culturkampfes von Bedeutung ist. Dem genannten Werke entnimmt ein kleines, niederrheinisches, agrarisch-katholisches Blatt den Briefwechsel zwischen dem Papst Pius und dem Generalvicar Peine über die Verhaftung des Bischofs Dr. Martin am 4. August 1874. Dieser Briefwechsel ist in doppelter Hinsicht bemerkenswerth. Zunächst deswegen, weil der Generalvicar Peine für die Verhaftung seines Bischofs Gründe angiebt, die einigermaßen irreführend sind. Der Generalvicar schreibt nämlich an Pius IX. unter Anderem Folgendes: „Ew. Heiligkeit setze ich mich gezwungen, zu benachrichtigen, daß der hochgeschätzte und hochwürdigste Bischof von Paderborn in Folge seiner unerschütterlichen und mannhaften Vertheidigung des katholischen Glaubens, der h. Canones und der apostolischen Constitutionen am heutigen Tage, und zwar um 8 Uhr Morgens, durch die von der Civilbehörde abgesandten Diener in der bischöflichen Wohnung mit gewaltsamer Hand ergriffen und in das Paderborner Gefängniß abgeführt ist, nachdem die schwersten zu wiederholten Malen aufgelegten Geldstrafen ein Abweichen von den Obliegenheiten seines Amtes, eine Unterwerfung unter die im Mai vorigen Jahres zur Verwüstung der Kirche und ihrer Anstalten für den . . . Staat erlassenen und genehmigten Gesetze nicht herbeizuführen vermochten. . . . Daher zögerte er auch nicht, alle nur möglichen Mißhandlungen zu erleiden, selbst die schwersten, in . . . Weise zugefügten Strafen und schließlich die Bitterkeiten des Gefängnisses zu übernehmen." — Weshalb die vorstehende Darstellung der Gründe für die Verhaftung des Paderborner Bischofs Eingangs irreführend genannt wurde, erhellt aus einer kurzen Notiz, die Schulteß' Geschichtskalender für das Jahr 1874 unter dem 4. August beibringt. Diese Notiz lautet: „Der Bischof Martin von Paderborn wird verhaftet und ins Gefängniß abgeführt, um die gerichtlich gegen ihn ausgesprochenen Strafgelder, die er nicht bezahlen will, abzusitzen." — Die Thatsache also, daß der Paderborner Bischof durchaus Märtyrer werden wollte, kommt in der Darstellung des Generalvicars Peine offenbar nicht zu ihrem Rechte. Bischof Dr. Martin wandelte bei seinem Vorhaben in den Spuren des Erzbischofs Ledochowski von Posen, der am 14. Januar 1874, des Bischofs von Trier, der am 7. März 1874, und des Erzbischofs von Köln, der am 31. März 1874 ins Gefängniß ging. Der preußische Cultusminister Dr. Falk hat in der Landtagssitzung vom 10. December 1873 den inneren Widerspruch beleuchtet, der darin lag, daß die Bischöfe die Erfüllung der Anzeigepflicht in Preußen verweigerten, weil sie wider ihr Gewissen sei, während die Bischöfe dieselbe Pflicht in Süddeutschland und in Elsaß-Lothringen anstandslos erfüllten, wie sie auch in Preußen vor 1848 viel schärferen Bestimmungen des allgemeinen Landrechts sich gefügt hatten. Dr. Falk erzählte damals (vergl. Oncken's „Zeitalter des Kaisers Wilhelm") vom Paderborner Bischof Dr. Martin, daß der Letztere, nachdem eine große Reihe Strafen von den Gerichten über ihn verhängt waren und andere ihm drohten, mit seinem Bruder einen Vertrag geschlossen habe, durch den er diesem sein gesammtes Mobiliar, mit Ausnahme der zum täglichen Gebrauch, zum Essen und Trinken nothwendigen Gegenstände überließ, sich aber für sein ganzes Leben den Nießbrauch vorbehielt. So sorgfältig und so opferwillig hat der Paderborner Bischof sein Martyrium vorbereitet. — Nach dieser Beleuchtung des Briefwechsels zwischen Pius IX. und dem Paderborner Generalvicar bleibt noch der Hinweis auf den zweiten Umstand übrig, der den fraglichen Briefwechsel beachtenswerth macht. Wie schon aus dem obigen Citat hervorgeht, hat das katholische Blatt vom Niederrhein (vielleicht auch der Herausgeber selbst) die kräftigsten Epitheta ornantia, mit denen der preußische Staat und sein Vorgehen belegt werden, unterdrückt. Das Gleiche ist in dem Antwortschreiben des Papstes Pius der Fall. Die unterdrückten Stellen müssen also selbst heute noch als zu „starker Tabak" erscheinen. Die Verwendung solchen „starken Tabaks" durch den heiligen Vater und durch einen bischöflichen Generalvicar illustrirt vortrefflich die Art, wie die römische Hierarchie ihre Rolle als Stütze der staatlichen Ordnung und der monarchischen Autorität spielt.

⁂ Berlin, 15. Mai. (Arbeitsbeschaffung für Unfallverletzte.) Bekanntlich wird für die durch einen Unfall verloren gegangene procentuale Erwerbsfähigkeit von Staatswegen eine Entschädigung gezahlt, während es dem Verletzten überlassen bleibt, für die verbliebene Arbeitsfähigkeit sich entlohnte Arbeit zu beschaffen. Wenngleich nun eine Anzahl von Unfallverletzten nach ihrer Herstellung wieder von ihren früheren Arbeitgebern beschäftigt werden, bleiben Viele von ihnen vor die Nothwendigkeit gestellt, sich neue Arbeitsgelegenheit zu suchen. Das ist häufig mit Schwierigkeiten verknüpft, und es muß daher durchaus anerkannt werden, wenn ein gemeinnütziger Verein die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Unfallverletzte sich angelegen sein läßt. Auf einen solchen Verein, der in Berlin seit drei Jahren besteht, lenkt Regierungsbaumeister Eisner in der „Socialen Praxis" in eingehendster Darstellung die Aufmerksamkeit. Der Berliner Verein für Unfallverletzte will den von Unfällen betroffenen Personen und ihren Familien Beihand durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit bieten, Geldunterstützungen sind auf Ausnahmefälle beschränkt. Nachdem der Versuch, Unfallverletzte bei Unternehmern unterzubringen, mißglückt ist, hat der Verein, durch eine Schenkung von 20 000 ℳ unterstützt, selbst eine Arbeitswerkstätte eröffnet, und zwar eine solche zur Herstellung von Bürsten. Dieses Vorgehen ist von Erfolg gekrönt worden, da die Unternehmer die Vereinswerkstätte durch Aufträge oder Vereinsbeiträge unterstützen, in der Erkenntniß, daß sie